

XXIV. GP. NR

2228 /J

28. Mai 2009

ANFRAGE

der Abgeordneten Kitzmüller
und weiterer Abgeordneten
an die Bundesministerin für Justiz
**betreffend das „Gender Mainstreaming“ in Österreich und deren Auswirkungen
auf die Familienfreundlichkeit**

Das sogenannte „Gender Mainstreaming“ scheint in Österreich einen immer größer werdenden Bereich zu vereinnahmen. Egal welche verschiedenen Sparten (Bereiche von Unternehmen, Einrichtungen, Schulen oder Universitäten) betrachtet werden, wird man von Informationen betreffend dieses Frauenbildes geblendet.

Der „Journalistenreport II“ zeigt die erschreckende Kehrseite dieser Informationen und deren Auswirkungen auf österreichische Frauen und deren Familien. So wird zum Beispiel in diesem Report geschrieben: *„Die Frauenmedienforschung hat die geringere Zahl von Frauen im Journalismus im Allgemeinen und in Leitungsfunktion im Besonderen darauf zurückgeführt, >>dass die auf Männer zugeschnittenen Arbeitsplatzstrukturen mit einem weiblichen Lebensentwurf unvereinbar sind, der an Beruf und Familie orientiert ist<< (Klaus 2005, 171) ... Ebenso wie in Deutschland ist die Anzahl der Kinder pro Journalistin wesentlich geringer als im Bevölkerungsdurchschnitt. ... Österreich generell 1,4 ... Mit Kinder gemeinsam im Haushalt leben 32% aller Journalistinnen, aber 42% der Journalisten. Und in einer Partnerschaft leben 64% der österreichischen Journalistinnen, aber 78% der Journalisten. Die vorliegenden Daten legen also nahe, dass Journalistinnen entweder weniger familienorientiert sind als andere Gruppen in der Bevölkerung – oder aber, was wohl die plausiblere Erklärung ist, dass ihr berufliches Engagement weiterhin kaum vereinbar ist mit Familie, insbesondere mit einer Entscheidung für Kinder.“*

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Justiz folgende

Anfrage

1. Existieren Genderstudien betreffend Ihr Ministerium?
2. Wenn ja welche, und zu welchem Ergebnis haben diese geführt?
3. Wenn ja, von wem und aus welchem Grund wurden diese durchgeführt?
4. Wenn ja, welche Kosten verursachten diese seit dem Jahre 2005, aufgeschlüsselt nach Jahren?

5. Wenn nein, wurde schon einmal in Erwägung gezogen solche durch zu führen bzw. sind solche für die Zukunft geplant?
6. Wie hoch ist der Prozentanteil von Frauen in Ihrem Ministerium?
7. Gibt es Studien über die Familienfreundlichkeit für die Beschäftigten in Ihrem Ressort?
8. Wenn ja, wie viele?
9. Wenn ja, welche Ergebnisse erbrachten diese?
10. Wenn nein, warum nicht?
11. Besitzen Sie Informationen darüber, wie viele Beschäftigte in Ihrem Ressort Kinder haben?
12. Wenn ja, wie viele?
13. Welche Fortschritte sind seit der Zusammenarbeit mit dieser Arbeitsgruppe ersichtlich?
14. Entstehen Kosten bei dieser Zusammenarbeit?
15. Wenn ja, wie hoch sind diese und aus welchem Grund sind sie entstanden?
16. Wenn ja, von wem werden diese bezahlt?



Wien am
18. MAI 2009